



entdecken

leben

arbeiten

ausgehen

finden

GmünderSommer

Pressemeldungen der Stadt Schwäbisch Gmünd

JUNI
29
2015**Veranstaltung: „Klappt´s?
Faktencheck und
Erfahrungsaustausch****Veranstaltung: „Klappts's?
Faktencheck und Erfahrungsaustausch
zur Beteiligung von MigrantInnen in Baden-Württemberg“ am
Donnerstag, 2. Juli, in Schwäbisch Gmünd...**

Schwäbisch Gmünd (sv). Die Beteiligung von Personen mit Migrationsgeschichte ist in Baden-Württemberg und Schwäbisch Gmünd ein wichtiges Thema. Deshalb findet am Donnerstag, 2. Juli, in Schwäbisch Gmünd die Veranstaltung „Klappt´s? Faktencheck und Erfahrungsaustausch zur Beteiligung von MigrantInnen in Baden-Württemberg“ statt. Sie versteht sich als Veranstaltung mit Werkstattcharakter, um Erfahrungen auszutauschen und um gemeinsam Ideen zu diesem Thema zu entwickeln. Passend zu dieser Ausrichtung wird die Veranstaltung in der eule gmünder wissenswerkstatt durchgeführt. Außerdem stellen Projekte aus Schwäbisch Gmünd und Baden-Württemberg ihre Ansätze vor, um Personen mit Migrationsgeschichte in gesellschaftliche und politische Fragen einzubinden.

„Als Allianz für Beteiligung setzen wir uns dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger vor Ort ihr Recht auf Beteiligung nutzen“, so Miriam Freudenberger, Geschäftsführerin der Allianz für Beteiligung. „Wir möchten erreichen, dass immer mehr Menschen in ihrem Wohnort zu politischen und gesellschaftlichen Themen mitreden, mitmachen und mitentscheiden.“ Dabei sind der Allianz für Beteiligung insbesondere die Personen wichtig, die sich häufig weniger einbringen – zum Beispiel Menschen mit Migrationsgeschichte. Mit der Veranstaltung möchte die Allianz für Beteiligung deshalb dazu beitragen, das in Baden-Württemberg vorhandene Erfahrungswissen zu diesem Thema zu sammeln und gute Ansätze zur Beteiligung von MigrantInnen festzuhalten.

Auch in Schwäbisch Gmünd ist die Beteiligung von Menschen aus anderen Kulturen ein wichtiges Thema: „... ohne Bürger geht gar nichts in einer Stadt. Und wir haben nun mal 35 Prozent Menschen mit internationalen Wurzeln in unserer Stadt und die gehören zur Stadtgesellschaft in Schwäbisch Gmünd, wie alle anderen auch!“ so Oberbürgermeister Richard Arnold.

Die Veranstaltung wird von der Allianz für Beteiligung, dem Staatsministerium Baden-Württemberg, der Stadt Schwäbisch Gmünd und der Landeszentrale für politische Bildung gemeinschaftlich ausgerichtet. Als Gesprächspartner werden, unter anderem, folgende Personen begrüßt:

Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Oberbürgermeister Richard Arnold, Gökay Sofuoğlu, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Landesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg, Argyri Paraschaki, Erste stellvertretende Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländervertretungen Baden-Württemberg (LAKA), Jovica Arvanitelli, Leiter der Beratungsstelle für nichtdeutsche Roma, Rolf Graser, Geschäftsführer Forum der Kulturen Stuttgart e.V., Dr. Frank Gesemann, Leiter des DESI Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration.

Allianz für Beteiligung

Die Allianz für Beteiligung ist ein Netzwerk von AkteurInnen in Baden-Württemberg, die sich für eine Stärkung der Bürgerbeteiligung

PRESSEMELDUNGEN

Medienberichte suchen

<zurückVor>

Juli 2015

KW	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
27			1	2	3	4	5
28	6	7	8	9	10	11	12
29	13	14	15	16	17	18	19
30	20	21	22	23	24	25	26
31	27	28	29	30	31		

Suchbegriff

Suchen

**Amt für Medien und Kommunikation
Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd**

Marktplatz 1

73525 Schwäbisch Gmünd

Telefon: 07171 603-1310

Telefax: 07171 603-1399

presse@schwaebisch-gmuend.de[zur Webseite](#)[Öffnungszeiten ein-/ausblenden >](#)

Leiter

Markus Herrmann

Telefon: 07171 603-1310

Vorzimmer: 2.19

Zimmer: 2.18

markus.herrmann@schwaebisch-gmuend.de

Vorzimmer

Lilly Schindler

Telefon: 07171 603-1310

Telefax: 07171 603-1399

Zimmer: 2.19

lilly.schindler@schwaebisch-gmuend.de[Sprechzeiten ein-/ausblenden >](#)

und der Zivilgesellschaft einsetzen. Den Impuls zur Gründung der Allianz für Beteiligung hat Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg auf dem „Kongress für Beteiligung“ 2012 gegeben. Die Allianz für Beteiligung wird vom Land Baden-Württemberg, von der Baden-Württemberg Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Breuninger Stiftung und der Führungsakademie Baden-Württemberg gefördert. Weitere Informationen unter: www.allianz-fuer-beteiligung.de

Stadt Schwäbisch Gmünd

Die Stadt Schwäbisch Gmünd ist nicht nur bekannt für ihre historische Innenstadt mit Bauwerken aus acht Jahrhunderten, sondern auch für ihr traditionell hohes Engagement seiner Bürgerschaft. Einen besonderen Schwerpunkt hierbei bildet auch die Arbeit mit und von Flüchtlingen. Die Stadt hat einen Migrantenanteil von rund 35 Prozent. Bereits mehr als jedes zweite Gmünder Kind hat heute internationale Wurzeln. Deshalb ist die Integrationsarbeit in der Stadt wichtig und hat bereits eine lange Tradition. Mitte der 1980er Jahre wurde die Stelle eines Ausländerbeauftragten geschaffen. Der heutige kommunale Integrationsbeauftragte hat eine Querschnittsaufgabe und ist Ansprechpartner für alle migrations- und integrationsrelevante Fragen. Seit 2005 gibt es einen Integrationsbeirat, der den früheren Ausländerbeirat abgelöst hat. Im Jahr 2008 wurde mit Unterstützung des Europäischen Forums für Migrationsstudien (EFM) ein Integrationskonzept entwickelt, das die Leitlinien der Integrationsarbeit in Schwäbisch Gmünd festlegt. Dieses Konzept wurde unter Anleitung des EFM mit großer Bürgerbeteiligung erarbeitet. Mit dem Integrationskonzept konnten die Weichen für eine strategisch ausgerichtete städtische Integrationspolitik gestellt werden. Diese wird laufend weiterentwickelt.

Staatsministerium Baden-Württemberg, Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Staatsrätin Gisela Erler ist Mitglied im Kabinett und hat die Anliegen der Zivilgesellschaft und die Stärkung der Bürgerbeteiligung im Blick. Die Staatsrätin versteht sich als Botschafterin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Die Landesregierung möchte eine „Politik des Gehörtwerdens“ umsetzen. Mehr und mehr soll diese neue Haltung auf allen Ebenen der Verwaltung zutage treten. Die Menschen im Land sollen informiert werden, mitreden und auch mitentscheiden können. Weitere Informationen unter: www.beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB)
Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) ist die zentrale überparteiliche staatliche Einrichtung für die politische Bildung in Baden-Württemberg und wendet sich an alle Bürgerinnen und Bürger des Landes. Sie gehört zum Geschäftsbereich des Landtags von Baden-Württemberg und hat ihren Hauptsitz in Stuttgart. Für die regionale Arbeit unterhält die Landeszentrale Außenstellen in Freiburg im Breisgau und Heidelberg. Weitere Informationen unter: www.lpb-bw.de.

« zur Übersicht der Pressemeldungen